

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 22.11.2007	an den Magistrat ☒ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat VI Amt: Bürger- und Ordnungsamt	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☐ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss	Dezernat II Dezernat V ☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat
Verteiler:	Öffentlich: Ja Nein ☐ ☐	Vorlage-Nr. 2007/0659 Magistratsbeschluss-Nr.

Betreff: Erlass einer Präventionskonvention (Gefahrenabwehrverordnung) zur
Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Wissenschaftsstadt
Darmstadt

Vorlage vom: 15.11.2007

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat nimmt den anliegenden Bericht zur Kenntnis und stimmt dem Erlass einer
Präventionskonvention (Gefahrenabwehrverordnung) zu.

Anlagen: Präventionskonvention (Gefahrenabwehrverordnung)

Beschluss des Magistrats vom

Begründung:

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt steht insbesondere im Rahmen des Kommunalen Präventionsrates (KPRD) für einen engen Dialog zwischen Ordnungs-, Gesundheits- und Sozialpolitik.

Die Auftraggeber des KPRD repräsentieren alle zuständigen Dezernate der Wissenschaftsstadt Darmstadt und das Polizeipräsidium Südhessen.

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt verfügt daher im Vergleich zu anderen Städten traditionell über außergewöhnlich gute Netzwerke und steht mit dem KPRD für eine erfolgreiche Kooperation zwischen Sozial-, Gesundheits- und Ordnungspolitik. Dieses „Darmstädter Modell“ einer kommunalen Sicherheits- und Präventionspolitik muss sich auch veränderten Problemlagen stellen.

Die Aufgabe der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Wissenschaftsstadt Darmstadt gestaltet sich für Polizei und Kommunalpolizei zunehmend schwierig.

Die Vorschriften des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung mit ihren abstrakten Rechtsbegriffen erweisen sich in der Praxis immer häufiger als unzureichend und ungenügend, um unterschiedlichen Fallgestaltungen, insbesondere im Innenstadtbereich, gerecht werden zu können.

Zunehmende Beschwerden der Geschäftswelt sowie zahlreicher Bürgerinnen und Bürger über aggressives Betteln und das Lagern verschiedener „Szenen“ in der Innenstadt, Verschmutzungen, Zerstörungen und Vandalismus, die Punker-, Obdachlosen- und Drogenszene am Langen Ludwig, sowie so genannte „Sparkassenpartys“ mit überregionaler Sogwirkung erfordern ein neues Konzept, welches zwischen Sozial- und Ordnungspolitik eng abgestimmt sein muss.

Daher sind konzeptionelle Planungen auf zwei Ebenen notwendig:

- **Ein Konzept zum Umgang mit dauerhaften Störungen im Innenstadtbereich**
- **Eine Vereinbarung zu Maßnahmen der Gefahrenabwehr nach dem HSOG**

Diese Vereinbarung zu Maßnahmen der Gefahrenabwehr nach dem HSOG wird mit dem vorliegenden Erlass einer Präventionskonvention (Gefahrenabwehrverordnung) geleistet, durch den der Handlungsrahmen für Polizei und Kommunalpolizei konkretisiert und präzisiert wird. Basierend auf einem Rohentwurf des Bürger- und Ordnungsamts haben die AG Sicherheit des Kommunalen Präventionsrats Darmstadt (KPRD) sowie die Projekt-AG Innenstadtszenen des KPRD die vorliegende Präventionskonvention erörtert und feinabgestimmt.

Eine isolierte Diskussion um eine Gefahrenabwehrverordnung würde zu kurz greifen und dem Image der Wissenschaftsstadt Darmstadt nicht gerecht werden. Vielmehr ist der vorgelegte Entwurf für eine Präventionskonvention (Gefahrenabwehrverordnung) Bestandteil des „Darmstädter Modells“ kommunaler Sicherheits- und Präventionspolitik für alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt. Das „Darmstädter Modell“ zeichnet sich durch eine organisierte Balance zwischen Sozial- und Ordnungspolitik aus.

Diese Balance soll durch die stufenweise Realisierung konzeptioneller Empfehlungen, die die Tradition des „Darmstädter Modells“ fortsetzen und hinsichtlich der beschriebenen Problemlagen weiter entwickeln, in einem breiten Konsens bewahrt werden.

Der Erlass der Präventionskonvention wird durch eine Reihe von gesundheits- und sozialpolitischen Maßnahmen flankiert, die die konzeptionellen Empfehlungen des KPRD darstellen:

- Die AG Sicherheit des KPRD stellt den Kontakt mit der Geschäftswelt und den Zielgruppen her und entwickelt einen speziell auf die Situation in der Wissenschaftsstadt zugeschnittenen Kodex an dem sich die entsprechenden Maßnahmen orientieren. Im Rahmen des KPRD wird der Dialog mit der Öffentlichkeit, der Geschäftswelt und allen relevanten Gruppen gefördert und die Balance einer erfolgversprechenden Sicherheits- und Sozialpolitik sichergestellt.
- Die ordnungs- und sozialpolitischen Maßnahmen werden in der AG Sicherheit des KPRD kontinuierlich evaluiert und fortentwickelt. Mit der Konstitution des Runden Tisch bzw. der Projekt-AG Innenstadtszene im Rahmen des KPRD wurde die AG Sicherheit themenspezifisch und zeitlich limitiert, um alle relevanten Gruppierungen und Kenner der Szenen erweitert.
- In diesem Rahmen wurde die Präventionskonvention (Gefahrenabwehrverordnung) als ein wichtiger Bestandteil im Gesamtkonzept der Sicherheits- und Präventionspolitik der Wissenschaftsstadt Darmstadt entwickelt.

- Wesentliche Merkmale im Gesamtkonzept Sicherheit und Prävention sind der Dialog mit den Szenen im Bereich der Innenstadt zu alternativen Plätzen im Rahmen einer zielgerichteten aufsuchenden Sozialarbeit sowie die Zuführung zu spezifischen Hilfsangeboten.
- In diesem Kontext ist die aufsuchende Arbeit in den Bereichen Sucht- und Drogenhilfe, Obdachlosenarbeit und Jugendarbeit von besonderer Bedeutung. Das Ziel der gesundheits- und sozialpolitischen Maßnahmen ist es, neben dem Zugang zu sozialen Hilfsangeboten den Dialog mit den Szenen herzustellen und alternative Aufenthaltsorte zu ermöglichen.
- Dies gilt auch für die Ausweisung von alternativen Plätzen für Reisende und Landfahrer im erweiterten Innenstadtbereich.

Hierdurch ist sichergestellt, dass die Maßnahmen im Bereich der Sicherheits- und Präventionspolitik der Wissenschaftsstadt Darmstadt von einer breiten Basis aller relevanten Gruppen getragen werden und in einem kontinuierlichen Rahmen fortentwickelt werden.

Die vorliegende Präventionskonvention (Gefahrenabwehrverordnung) ist Teil eines Gesamtkonzepts. Dieses versteht sich als Stufenmodell.

Der Erfolg des Gesamtkonzeptes soll entsprechend den Vereinbarungen überprüft und gegebenenfalls fortgeschrieben werden. Das Modell soll öffentlich begleitet werden und im Rahmen einer jährlichen Präventionskonferenz des KPRD öffentlich evaluiert werden.

Darmstadt, 15.11.2007

Der Dezernent I

Der Dezernent II

Der Dezernent V

Der Dezernent VI

Walter Hoffmann
Oberbürgermeister

Wolfgang Glenz
Bürgermeister

Jochen Partsch
Stadtrat

Dipl.-Ing. Dieter Wenzel
Stadtrat